AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK 18.06.2026 | Jennifer Kavanagh

Drei Wege aus der Sackgasse

Trumps Ukraine-Initiative ist festgefahren. Diese Kurskorrekturen könnten den Friedensprozess neu beleben.

Als Donald Trump im Januar 2025 ins Weiße Haus zurückkehrte, stand eine schnelle Beendigung des Krieges in der Ukraine weit oben auf seiner außenpolitischen Agenda. Trotz politischen Gegenwinds verfolgte er dieses Ziel zu Beginn seiner zweiten Amtszeit entschlossen weiter: Er nahm den Dialog mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin wieder auf und leitete parallele diplomatische Gespräche mit Kiew und Moskau ein.

18 Monate später sind die Friedensgespräche jedoch festgefahren, während der Krieg weiter eskaliert ist. Für den jüngsten Rückschlag ist sicherlich die Ablenkung der USA durch die Entwicklungen im Nahen Osten verantwortlich, doch das Scheitern von Trumps Initiative hat tiefere Ursachen.

Um es auf den Punkt zu bringen: Trumps Bemühungen in der Ukraine waren bislang kontraproduktiv. Sie haben den Frieden nicht nähergebracht, sondern sogar in weitere Ferne gerückt. Grundlegende Fehler im Verhandlungsprozess haben dabei die Bemühungen um eine Waffenruhe untergraben und neue Hindernisse für einen kurzfristigen Waffenstillstand geschaffen, die zukünftig nur schwer zu überwinden sein werden.

Wenn die Trump-Regierung den Krieg in der Ukraine tatsächlich beenden will, muss sie ihren Ansatz grundlegend überdenken. Dies bedeutet, den Fokus von territorialen Fragen wegzulenken, beiden Seiten nur realistische Zusagen zu machen und die Verhandlungen aus den bestehenden Silos herauszuführen, sodass sowohl alle Beteiligten als auch die politisch heikelsten Themen einbezogen werden. Die laufenden Friedensbemühungen neu auszurichten wird sicherlich nicht einfach sein. Doch angesichts des sich schließenden Zeitfensters für eine Einigung ist Eile geboten.

Der erste Fehler der amerikanischen Unterhändler bestand darin, die

Territorialfrage ins Zentrum der Verhandlungen über ein Kriegsende zu rücken. Als Russland seine „militärische Spezialoperation“ begann, ging es Moskau nicht um territoriale Eroberungen. Vielmehr verfolgte der Kreml politische Ziele, darunter die Verhinderung einer schrittweisen Annäherung der Ukraine an den Westen sowie ihrer Integration in westliche Militärstrukturen, insbesondere der NATO. Tatsächlich kamen sich Russland und die Ukraine bei ihren frühen Gesprächen in Istanbul einer Einigung bereits erstaunlich nahe. Damals stand ein Abkommen im Raum, das politische Zugeständnisse der Ukraine gegen einen vollständigen russischen Rückzug aus den im Jahr 2022 besetzten Gebieten getauscht hätte.

Inzwischen ist die zentrale Rolle der Territorialfrage selbst zu einem erheblichen Hindernis für den Frieden geworden.

Die Bedeutung territorialer Fragen nahm erst später zu. Ausschlaggebend waren Putins Verfassungsänderungen zur Eingliederung der während des Krieges beanspruchten Oblaste sowie die Entwicklung des Konflikts zu einem Abnutzungskrieg, der Russlands ambitioniertere politische Ziele zunehmend außer Reichweite geraten ließ.

Dennoch verstärkten und förderten amerikanische Vertreter die Vorstellung, territoriale Kompromisse seien der Schlüssel zur Beendigung des Krieges. Zunächst drängten sie die ukrainische Verhandlungsdelegation, territoriale Zugeständnisse als Voraussetzung für Frieden zu akzeptieren. Nach dem Gipfel von Anchorage im August 2025 brachten sie zudem ins Spiel, die Ukraine solle sich aus dem von ihr noch kontrollierten Teil des Donbass zurückziehen, um eine Waffenruhe zu ermöglichen. Infolgedessen wurde der Tausch von „Territorium gegen Sicherheitsgarantien“ zum zentralen Paradigma der Friedensgespräche. Die Trump-Regierung stellte der Ukraine dabei vage Sicherheitszusagen in Aussicht, falls sie sich aus den betreffenden Gebieten tatsächlich zurückziehen würde.

Inzwischen ist die zentrale Rolle der Territorialfrage selbst zu einem erheblichen Hindernis für den Frieden geworden. Die eigentlichen Ursachen des Krieges – die außenpolitische Ausrichtung der Ukraine und die NATO-Ausdehnung bis an Russlands Grenzen – lassen durchaus Raum für Kompromisse und gegenseitige Zugeständnisse. Bei der Territorialfrage hingegen scheinen die Positionen beider Seiten unvereinbar. Russland und die Ukraine können nicht gleichzeitig dieselben Gebiete kontrollieren. Selbst eine Konstruktion geteilter Souveränität würde letztlich eine einzige Verwaltungsinstanz für Rechts- und Steuerfragen voraussetzen.

Doch die Fokussierung auf territoriale Fragen war nicht der einzige Fehler der amerikanischen Vermittler. Eine tragfähige Vereinbarung zur Beendigung des Krieges muss die Realitäten auf dem Schlachtfeld widerspiegeln. Keine der beiden Konfliktparteien kann vernünftigerweise ein Ergebnis erwarten, das sie militärisch nicht durchgesetzt hat. Anstatt beide Seiten auf ein solches Abkommen zuzubewegen, hat Washington sie jedoch davon abgebracht, indem es unrealistische Versprechen machte, auf die weder Russland noch die Ukraine nun bereit sind zu verzichten.

Gegenüber der Ukraine sprach die Trump-Regierung zeitweise von Sicherheitsgarantien nach dem Vorbild von Artikel 5 des NATO-Vertrags – obwohl sie diese vermutlich nie zu gewähren beabsichtigte. Seit George H. W. Bush haben alle Präsidenten deutlich gemacht, dass ein Krieg mit Russland um die Ukraine – was eine solche Garantie implizieren würde – nicht im amerikanischen Interesse liegt.

Für die ukrainische Führung wäre die Abtretung von Territorium am Verhandlungstisch politisch hochgefährlich.

Gegenüber Russland wiederum scheint Washington angedeutet zu haben, es könne die Ukraine im Rahmen der sogenannten Anchorage-Formel zum Rückzug aus den verbliebenen, von Kiew kontrollierten Teilen des Donbass bewegen. Ein solches Versprechen war jedoch nie realistisch. Für die ukrainische Führung wäre die Abtretung von Territorium am Verhandlungstisch politisch hochgefährlich. Selbst ein Verlust dieser Gebiete auf dem Schlachtfeld wäre innenpolitisch leichter zu verkraften – so hoch die Kosten auch wären. Zudem verfügen die Vereinigten Staaten schlicht nicht über den Einfluss auf die Ukraine, der nötig wäre, um ein solches Zugeständnis zu erzwingen.

Da beiden Seiten jedoch derart günstige Bedingungen in Aussicht gestellt wurden, sind weder Russland noch die Ukraine bereit, realistischere Optionen zu akzeptieren. Hinzu kommen die politischen Kosten, die mit einem Zurückrudern gegenüber der eigenen Öffentlichkeit verbunden wären. Bevor ein erreichbares Friedensabkommen zustande kommen kann, werden die USA daher ihre unerfüllbaren Versprechen zurücknehmen müssen.

Obwohl Washington einige trilaterale Gipfeltreffen mit Russland, der Ukraine und den Vereinigten Staaten organisiert hat, setzte die US-Regierung überwiegend auf getrennte Gesprächsformate. Mal wurde mit

Russland verhandelt, mal mit der Ukraine oder mit einer Kombination aus ukrainischen und europäischen Vertretern. Bis heute hat es kein Treffen gegeben, an dem europäische Vertreter gemeinsam mit beiden Kriegsparteien und den Vereinigten Staaten teilgenommen haben.

Dieser Ansatz hat die Friedensbemühungen auf verschiedene Weise erschwert. So kosteten die zahlreichen Gesprächsrunden zwischen den USA, Europa und der Ukraine viel Zeit, trugen aber aufgrund der Abwesenheit Russlands nur wenig zur Lösung des Konflikts bei. Zwar hat Moskau keinen rechtlichen Anspruch darauf, über Fragen wie die Sicherheitszusagen an die Ukraine nach dem Krieg mitzuentscheiden. Praktisch betrachtet können der Ukraine jedoch nur solche Garantien langfristige Sicherheit bieten, die auch von Russland akzeptiert werden. Da Moskau den Krieg jederzeit fortsetzen kann, verfügt es faktisch über ein Vetorecht gegenüber jedem vorgeschlagenen Abkommen.

Indem die amerikanischen Unterhändler auf Formate setzten, die wichtige Akteure bewusst ausschlossen, schürten sie bei allen Beteiligten Ängste und Misstrauen. Die Europäer sorgten sich, die Vereinigten Staaten und Russland könnten über ihre Köpfe hinweg eine Vereinbarung treffen, die ihre Sicherheit unmittelbar beträfe. Russland wiederum befürchtete, die USA und Europa könnten der Ukraine Sicherheitszusagen machen, die eine Stationierung von NATO-Truppen auf ukrainischem Territorium nach dem Krieg ermöglichen würden. Und die Ukraine fürchtete Absprachen zwischen Trump und Putin, die zu erzwungenen ukrainischen Zugeständnissen oder tiefen Einschnitten bei der amerikanischen Militärhilfe führen könnten.

Der diplomatische Prozess, den die USA im vergangenen Jahr angestoßen haben, ist in seiner derzeitigen Form zum Scheitern verurteilt.

Nichts davon ist bislang eingetreten. Dennoch hat der amerikanische Ansatz die Verhandlungspositionen aller Beteiligten verhärtet, statt sie zu Kompromissen zu bewegen.

Die schlechte Nachricht lautet daher: Der diplomatische Prozess, den die USA im vergangenen Jahr angestoßen haben, ist in seiner derzeitigen Form zum Scheitern verurteilt. Die gute Nachricht ist jedoch, dass die grundlegenden Probleme, die die Friedensbemühungen bislang ausgebremst haben, mit den richtigen Anpassungen lösbar sind.

Drei Veränderungen sind dabei besonders dringlich. Erstens sollte das amerikanische Verhandlungsteam territoriale Fragen vorerst zurückstellen und sich auf die politischen und sicherheitspolitischen

Kernfragen konzentrieren, die dem Krieg zugrunde liegen. Die Territorialfrage wird natürlich irgendwann behandelt werden müssen. Die Unterhändler könnten jedoch feststellen, dass die Flexibilität auf beiden Seiten größer ist, wenn die jeweiligen zentralen Sicherheitsinteressen als gewahrt angesehen werden.

Zweitens muss Washington beiden Seiten eine realistische Einschätzung der möglichen Bedingungen eines Friedensabkommens vermitteln und auf deren Akzeptanz hinwirken. Die Ukraine mag gewisse Sicherheitszusagen der Vereinigten Staaten erhalten, diese werden jedoch vermutlich weit hinter Garantien nach Artikel 5 zurückbleiben. Gleichzeitig wird auch Russland beim künftigen Status jener Gebiete im Donbass Kompromisse eingehen müssen, die es nicht militärisch erobern kann.

Drittens müssen künftige Verhandlungsrunden alle relevanten Akteure einbeziehen. Dabei muss Inklusivität mit Praktikabilität in Einklang gebracht werden. Europa muss nicht an Gesprächen teilnehmen, die seine Interessen nicht berühren, genauso wie an bilateralen Fragen ausschließlich Russland und die Vereinigten Staaten beteiligt sein sollten. Ein solches Format würde allerdings voraussetzen, dass die europäischen Staaten zunächst klären, wer für sie spricht und worin ihre Interessen liegen, die über jene der Ukraine hinausgehen.

Diese Änderungen vorzunehmen und den Dialog kurzfristig wieder aufzunehmen, sollte für die Trump-Regierung oberste Priorität haben. Zwar sind viele Beobachter derzeit davon überzeugt, dass die Ukraine auf dem Schlachtfeld wieder die Initiative übernommen hat. Doch das Momentum dürfte früher oder später wieder auf die russische Seite zurückschlagen. Im Grunde genommen arbeitet die Zeit inzwischen jedoch für niemanden mehr. Für alle Beteiligten gilt: Die Vereinbarung, die morgen möglich ist, wird schlechter sein als diejenige, die heute auf dem Tisch liegt.

Die englische Originalversion des Artikels erschien zuerst bei Responsible Statecraft.



Jennifer Kavanagh
Washington, D.C.

Jennifer Kavanagh ist *Senior Fellow* und Direktorin für Militäranalyse bei *Defense Priorities*. Die Politikwissenschaftlerin forscht zu US-Sicherheits- und Verteidigungspolitik, und war zuvor unter anderem bei der *RAND Corporation* und der *Carnegie Endowment for International Peace* tätig.